

Niederschrift
über die Sitzung
der Kommission für Integration
am 20.09.2012
öffentlich

Vorsitz: Herr Oberbürgermeister Dr. Maly (bis 16:50 Uhr)
 Stellvertreterin: Frau StR Heinrich
 Referent: Herr Bürgermeister Gsell

Anwesende:

Beschließende Mitglieder:	Rat für Integration und Zuwanderung:	Sachverständige:	Nichtstadtratsmitglieder und sonstige:
Frau StR Heinrich	Frau Diana Liberova	Arbeiterwohlfahrt Frau Gisela Woitzik-Karamizadeh	Celal Turhan
Frau StR Arabackyi	Frau Angela Hauk	Bayerisches Rotes Kreuz Frau Dietz-Hinzmann	Robert Katianda
Frau StR Penzkofer-Röhl	Herr Horst Göbbel	Stadtmission Frau Dörr	Herr Popp /BgA,3
Herr StR Tasdelen	Herr Cooper Thompson (bis 17:30)		Herr Markwirth /KuF
Herr StR Agathagelis	Herr Dimitrios Krikelis		Herr Hörner /NOA
Frau StR Zadek			Herr D. Maly /ASD
Herr StR Groh			Frau Ries / BgA
Frau StR Wojciechowski			Frau Dr. Klimiont / BCN
Frau StR Alesik			
Frau StR Dr. Niedermeyer			
Frau StR Heinemann			
Frau StR Buchsbaum			
Herr StR Höffkes			
Frau StR Loos			
Frau StR Leo			
Frau StR Dr. Alberternst			
Frau StR Grützner-Kanis			

Entschuldigt:

	Frau Andja Skojo	Caritasverband Herr Ospel	
	Herr Ilhan Postaloglu		
	Herr Antonio Fernandez		

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 1: Vorkurs Deutsch 240 **Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2012**

Herr Bürgermeister Dr. Gsell fasst die nach seiner Ansicht drei positiven Ergebnisse zusammen:

1. Es entwickelte sich, vermittelt durch die Deutsch 240-Kurse, eine positive Zusammenarbeit der beteiligten Einrichtungen - Kindergärten und Schulen,
2. die Schulen bestätigen, dass die Kinder bessere organisatorische und handwerkliche Fähigkeiten mitbringen, also besser auf den Schulbesuch vorbereitet sind,
3. es gibt in Nürnberg insgesamt einen Trend zu besserem Schulerfolg bei Migrantenkindern; ein kausaler Zusammenhang zu Deutsch 240 kann jedoch in Ermangelung einer Evaluation nicht belegt werden.

Negativ sei anzumerken, dass die schulischen Ergebnisse von Kindern mit Migrationshintergrund immer noch schlechter ausfallen als im Durchschnitt, dass Deutsch 240 einen sehr hohen Abstimmungsaufwand erfordere und dass weiterhin viele Deutschförderklassen in den Jahrgangsstufen 1 und 2 eingerichtet werden müssen.

Da es sich um ein durch den Freistaat Bayern vorgegebenes und finanziertes Programm handele, stehe Deutsch 240 nicht zur Disposition der Stadt Nürnberg.

Die Vertreterinnen der Fraktionen bedauern, dass es keine gesicherte Evaluation gibt, und sie sind erstaunt, dass so viele Kinder an der Maßnahme teilnehmen; es stelle sich die Frage, ob die Zuweisung tatsächlich aufgrund einer individuellen Diagnostik oder eher pauschal erfolge.

Frau Liberova/IG Rat berichtet von Eltern, deren Kinder allein aufgrund ihres Migrationshintergrunds dem Kurs zugewiesen wurden, obwohl sie keinen Förderbedarf haben, ja nicht einmal zweisprachig aufwachsen. Dies stellt auch eine Form von Diskriminierung dar. Sie ist der Meinung, dass die Bedingungen für die deutschen Kinder indirekt ebenfalls verbessert werden, da die Klassen zur besseren Förderung der „Migrantenkinder“ geteilt würden und somit auch die Klassen der deutschen Kinder kleiner würden. Außerdem weist sie daraufhin, dass die Bedingungen in ländlichen Bereichen und Großstädten unterschiedlich sind und dies bei der Zuweisung der finanziellen Mittel durch den Freistaat Bayern berücksichtigt werden müsste.

Frau StR Heinrich stellt klar, dass die Maßnahme nicht in erster Linie dazu da sei, den Kindern handwerkliche Fähigkeiten zu vermitteln, dies sei ein angenehmer Nebeneffekt, jedoch geht es vorrangig um Spracherwerb im Deutschen, und hier seien die Effekte leider nicht nachgewiesen.

Frau StR Buchsbaum betont, dass Deutsch 240 als Prozess gesehen werden muss. Für sie ist ein positiver Effekt die gute Vernetzung der Einrichtungen.

Herr OBM Maly schlägt vor, VertreterInnen des IG Rates zur nächsten gemeinsamen Sitzung des Schul- und Jugendhilfeausschusses am 15.11. als Sachverständige mit Rederecht einzuladen.

Diesem Vorschlag stimmen alle zu.

Herr Dr. Gsell kündigt an, die Verwaltung werde geschäftsbereichsübergreifend ein Konzept zur durchgängigen Sprachförderung erstellen. Dies wurde von allen befürwortet.

Der Bericht hat zur Kenntnis gedient.

TOP 2 Erstberatungskapazitäten für Neuzuwander/innen

Herr Dieter Maly /ASD fasst den Sachverhalt zusammen.

Als Vertreterin der anwesenden Wohlfahrtsverbände teilt **Frau Woitzik-Karamizadeh/Arbeiterwohlfahrt** mit, dass die Wohlfahrtsverbände sich untereinander abgestimmt haben. Sie wollen die Situation noch etwa ein halbes Jahr beobachten und danach prüfen ob und welche Maßnahmen zu ergreifen sind.

Die Vertreter der griechischen Community - **Herr Krikelis und Herr StR Agathagelidis**- schildern nochmals die Situation der Griechischen Gemeinde, die als Anlaufstelle für die Neuankömmlinge fungiert und an ihre Grenzen stößt.

Frau StR Alesik schlägt vor, einen Wegweiser als Hilfestellung für die Vereine und ihre ehrenamtlichen Helfer zu erarbeiten.

Frau StR Penzkofer-Röhrl stimmt der Aussage von Frau **Woitzik-Karamizadeh** zu.

Herr OBM wird prüfen lassen, ob nicht kurzfristig finanzielle Unterstützung aus den Mitteln des „Projekt- und Initiativenfonds“ des Sozialreferates für die Griechische Gemeinde und ggf. andere Gruppierungen die ebenfalls betroffen sind, möglich ist.

Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient.

TOP 3 Erhalt der NOA-Musikwerkstatt

Herr Markwirth/ KUF und Herr Hörner/ Leiter des Projektes Musikwerkstatt stellen die Lage dar.

Die VertreterInnen der einzelnen Parteien loben das Projekt einhellig und äußern ihr Bedauern über das Ende der Maßnahme.

Herr Oberbürgermeister Maly stimmt mit dem Lob überein, er weist jedoch daraufhin, dass die Stadt nicht für alle Streichungen die auf Bundesebene stattfinden in die Presche springen kann. Diesem Standpunkt stimmen wiederum alle StadtratsvertreterInnen zu.

Der Bericht hat zur Kenntnis gedient.

Den Vorsitz übergibt Herr Oberbürgermeister Maly an Frau StR Heinrich, da er die Sitzung verlassen muss.

TOP 4 Einrichtung eines Fonds für die Anmietung von Büro- und kleineren Gruppenräumen Hier: Vergaberichtlinien

Herr Markwirth/KUF erläutert, dass eine Staffelung und Befristung der Zuwendungshöhe vorgeschlagen wird um den „Topf“ beweglich halten zu können. Außerdem wird vorgeschlagen, dass die Entscheidung über die zu fördernden Vereine von der Verwaltung zusammen mit dem IG Rat gefällt werden soll. Der ursprüngliche vorgesehene Vorschlag, die Begutachtung durch die Kommission vorzunehmen, erscheint allen nicht praktikabel und notwendig.

Herr StR Höffkes wünscht, dass die Kommission in angemessenen Zeitabständen über die Entwicklung der Förderung informiert werden soll.

Herr Markwirth sagt dies zu.

-Einstimmig- wird folgende Empfehlung abgegeben (15 Stimmen):

„Die Kommission stimmt dem Entwurf der Vergaberichtlinien für die "Gewährung von Mietzuschüssen an gemeinnützige Migrantenvereine" zu und empfiehlt dem Stadtrat die Richtlinien in der vorliegenden Fassung zu beschließen. Abweichend von dem in den Richtlinien benannten Stichtag für die Antragstellung wird für das Jahr 2012 der 31. Oktober 2012 festgesetzt.“

Top 5 Bericht über das Projekt „Zentrale Servicestelle zur Erschließung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg (ZAQ)

Frau Dr. Klimiont/BCN informiert, wie sich die Situation seit Eröffnung der Servicestelle darstellt und welche Erfahrungen bereits gemacht wurden.

Alle VertreterInnen der Parteien begrüßen das Angebot und meinen dass dies schon viel früher nötig gewesen wäre.

Frau Hauck/ IG Rat betont wie wichtig die Anerkennung der Qualifikationen ist, da dadurch Möglichkeiten zur Weiterbildung gegeben werden. Ein anderer positiver Aspekt ist, dass Menschen, die bereits in den Arbeitsbereichen tätig sind, für die sie qualifiziert sind, nun Anspruch auf eine adäquate Bezahlung haben und nicht mehr als „ungelernt“ eingestuft werden können.

Herr StR Tsdelen meint, es dürfe nicht psychologische Wirkung unterschätzt werden. Viele Betroffene fühlen sich nun mehr wertgeschätzt, auch wenn sie nicht in dem Beruf arbeiten könnten. Diese Aussage wird von Frau Dr. Klimiont bejaht.

Frau Liberova bemängelt, dass die Handhabung bei Berufen für die die Länder zuständig sind sehr unterschiedlich ist. Es sei schwierig für die Menschen zu verstehen, wieso z.B. ein Lehrer in Berlin anerkannt wird, jedoch in Bayern nicht.

Frau Dr. Klimiont sagt zu, in der Kommission über die Entwicklung zu gegebener Zeit zu berichten.

Der Bericht hat damit zur Kenntnis gedient.

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.07.2012 wird –einstimmig- angenommen.

Die Vorsitzende:

Frau StR Heinrich

Die Protokollantin:

Frau Walter